

# Neue Konstellationen der Gegenwart: Annäherungen, Institutionen und Legitimität

Herausgegeben von  
Corinne Michaela Flick

WALLSTEIN

CONVOCO! EDITION

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte  
bibliografische Daten sind im Internet über  
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2021  
[www.wallstein-verlag.de](http://www.wallstein-verlag.de)  
Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond  
Umschlaggestaltung: Jade Blanchard-McKinley

ISBN (Print) 978-3-8353-3931-6  
ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-4659-8  
ISBN (E-Book, epub) 978-3-8353-4660-4

*For perhaps the first time in history, people around the world are having the same conversations and sharing the same fears ... It might only be for this weird moment in our history, but we cannot deny that we are currently experiencing what it feels like to live in One World.*

Ivan Krastev (2020)

# Inhalt

Einführung . . . . .	II
Thesen . . . . .	19
Udo Di Fabio	
Die neue geopolitische Konstellation: Legitimitätskonflikte zwischen Institution und Aktion . . . . .	25
Stefan Koriath	
Legitimität in der neuen Weltordnung . . . . .	43
Maha Hosain Aziz	
Unsere globale Legitimitätskrise . . . . .	55
Rudolf Mellinghoff	
Woher nehmen NGOs und andere zivilgesellschaftliche Akteure ihre Legitimation? . . . . .	69
Clemens Fuest	
Die »Soziale Verantwortung« der Unternehmen: Neue Allianzen zwischen Politik und Wirtschaft? . . . . .	91

## INHALT

- Eugénia C. Heldt  
Sind internationale Organisationen die tragischen  
Helden der heutigen globalen Weltordnung? . . . 113
- Wolfgang Schön  
Fehlt eine Weltregierung? . . . . . 129
- Bazon Brock  
Wer den zerstörerischen Ernstfall  
verhindern will, muss mit ihm rechnen . . . . 139
- Stefan Oschmann  
Kooperation stärkt das Immunsystem  
der Weltgemeinschaft . . . . . 145
- Timo Meynhardt  
Gemeinwohl in Bewegung:  
Die Pandemie als Katalysator . . . . . 161
- Christoph G. Paulus  
Wieder-Annäherungen in Europa . . . . . 179
- Sven Simon  
Ein neues Bündnis der Demokratien . . . . . 193
- Gisbert Rühl  
Europa sollte in der Digitalisierung verstärkt  
zusammenarbeiten . . . . . 205
- Garrett Wallace Brown mit Convoco im Gespräch  
Wie COVID-19 die globale Gesundheitspolitik  
herausfordert . . . . . 219

Lothar H. Wieler	
COVID-19 und das Robert Koch-Institut: Rahmenbedingungen und Grundsätzliches zur Bekämpfung einer Pandemie in Deutschland . . .	243
Jörn Leonhard	
Corona als globale Epochenzäsur? Historische Annäherungen . . . . .	263
Die Beiträgerinnen und Beiträger . . . . .	283

Jörn Leonhard

## Corona als globale Epochenzäsur? Historische Annäherungen

Wie wird »Corona« irgendwann gewesen sein?<sup>1</sup> Was man in der Zeitform des Futur Zwei so ausdrückt, verweist auf das Grundproblem, was einen Erfahrungsumbruch oder gar eine epochale Schwelle auszeichnet und wie historische Zäsuren aus der Logik der Rückschau entstehen: nämlich im nachgelagerten Blick auf mittel- und langfristige Konsequenzen. Dazu benötigen Historiker in der Regel längere Erfahrungsdistanzen. Das Ancien Régime als Epochenbegriff und analytische Kategorie der Zeit vor der Französischen Revolution entstand eben nicht im Jahr 1789, sondern erst aus dem Blick skeptischer Zeitgenossen des 19. Jahrhunderts. Der französische Schriftsteller Alexis de Tocqueville und der Schweizer Historiker Jacob Burckhardt waren sich jedenfalls darin einig, dass auch ihre eigene Gegenwart in den 1840er, 1850er oder 1870er Jahren noch zu jenem Revolutionszeitalter gehörte, das mit den Ereignissen 1789 allenfalls eingesetzt hatte, aber weit über dieses Jahr und andere Schwellendaten wie 1799 oder 1815 hinauswies. Der strukturelle Wandel ließ sich nicht durch chronologische Markierungen bezwingen, die eine Klarheit des Vorher und Nachher suggerierten, der sich die Revolution als Prozess mit vielen ungleichzeitigen Ausläufern entzog.

So steht jede Prognose, ohnehin nicht die Domäne des Historikers, unter dem Vorbehalt der mehr oder minder plausiblen Spekulation, formuliert unter den Bedingungen andauernder Unsicherheit. Im Moment der noch unabsehbaren Krise über die Wirkung einer weltweiten Pandemie als historische Zäsur nachzudenken, ist reizvoll, aber das heuristische wie hermeneutische Eis ist und bleibt dünn. Dennoch gibt es aus der historischen Perspektive zumindest einige vorläufige Beobachtungen, die helfen mögen, manches an dieser unübersichtlichen Gegenwart besser einzuordnen. Dabei gibt es keine historischen Blaupausen für Krisenbewältigung in der Gegenwart. Eher dienen die historischen Sehepunkte einer produktiven Verfremdung. Der explorative Modus der Erkenntnis in der Krise ist nicht das Besserwissen, sondern das Mehrsehen. Aus dieser Perspektive sind die folgenden symptomatischen Beobachtungen des Historikers formuliert.

## 1. Thematische Analogie: Pandemie und Krieg

Pandemien mit Kriegen und Revolutionen, jedenfalls mit historischen Krisen zu vergleichen, liegt im Moment der akuten Bedrohung und des Ausnahmezustands von Gesellschaften nahe. Und tatsächlich dominierten in den ersten politischen Reaktionen auf die Corona-Krise zunächst verdächtig häufig Kriegsmetaphern. Und doch nivellieren solche Vergleiche die erheblichen Unterschiede zwischen Krieg und Pandemie. Denn Kriege entstehen letztlich als Ergebnisse konkreter politischer Entscheidungsprozesse in menschlichen

Gesellschaften, denen sich das Virus entzieht. Erst in der Zuschreibung durch Menschen erhält das Virus ein spezifisches Feindbild, das bis zur Ethnisierung reicht, etwa in der Zuschreibung von vermeintlicher Verantwortung bestimmter Länder für die Ausbreitung und Ansteckung.

## 2. Chronologische Analogie: Corona und die Spanische Grippe von 1918/19

Häufig wird in der derzeitigen Diskussion auf die Erfahrung der Spanischen Grippe am Ende des Ersten Weltkriegs verwiesen. Doch die Unterschiede zwischen dem historischen Ereignis und der Gegenwart sind aufschlussreich.<sup>2</sup> Die Grippepandemie am Ende des Ersten Weltkrieges hatte zunächst Afrika, Asien, die Vereinigten Staaten und Lateinamerika heimgesucht, bevor sie schließlich am Ende des Weltkrieges nach Europa gelangte. Die hohen Opferzahlen offenbarten vielerorts das Ausmaß der Erschöpfung der Menschen in den unmittelbar und mittelbar von über vier Jahren Krieg betroffenen Gesellschaften. Weil im neutralen Spanien die Zeitungen weitgehend unzensuriert über die Auswirkungen der Grippe berichten konnten, erhielt die Pandemie den Namen »Spanische Grippe«. Über wirksame Mittel gegen die Erkrankung und vor allem die mit ihr häufig einhergehende Lungenentzündung verfügte man nicht. Ihr Haupterreger, das H1N1-Virus, sollte erst in den 1990er Jahren nachgewiesen werden.

Auch für 1918/19 gilt, dass sich das welthistorische Ereignis der Spanischen Grippe erst im Rückblick er-

schloss. Dass die Pandemie am Ende mehr Opfer forderte als der Krieg an militärischen und zivilen Opfern zusammen, blieb im Moment der akuten Krise 1918/19 unbekannt. Das spiegelte einen im Vergleich zur Gegenwart völlig anderen globalen Kontext wider. Denn die Zeitgenossen vor 100 Jahren waren durch viele andere Umbrüche an den militärischen Fronten und in den Heimatgesellschaften ergriffen, seien es Kriegsende, Revolutionen oder aufkeimende Bürgerkriege in vielen Teilen Europas, sei es der Zerfall alter Imperien wie des Zarenreichs, der Habsburgermonarchie und des Osmanischen Reichs oder die Bildung neuer Staaten. Die während des Krieges immer wieder erhoffte Nachkriegsphase, die so häufig erträumte Zukunft, erschien in ihrer Offenheit nun doppelt verheißungsvoll und bedrohlich. So wurde die Spanische Grippe die Katastrophe im Schatten vieler parallel ablaufender Krisen, während sie gleichzeitig noch vor Waffenstillständen und Friedenskonferenzen einen unsichtbaren weltweiten Zusammenhang schuf, eine Globalität der Infektionsketten und Ansteckungsverläufe. Viele Menschen in den Kriegsgesellschaften erinnerte die Grippe zudem an eine Grunderfahrung der Soldaten im Krieg: an die permanente Todesnähe und die Zufälligkeit des Sterbens.

Die Corona-Pandemie entstand seit Ende 2019 nicht vor dem Hintergrund eines globalen Krieges, der 1918/19 mit Ausbildungslagern, Lazaretten und weltweiten Truppentransporten dynamische Verbreitungsorte und epidemiologische Highways aufwies. Anders als heute gab es damals kaum geteiltes Expertenwissen, keine internationale Gesundheitsorganisation, keine stündlich aktualisierten und abrufbaren Daten über die

Ausbreitung der Krankheit oder gar eine koordinierte Suche nach einem Impfstoff. Aber ähnlich wie 1918 legt die Pandemie auch jetzt die Mechanismen weltweiter Ströme und das Ausmaß internationaler Verflechtungen offen – daher der Fokus auf die globale Mobilität von Informationen und Kapital ebenso wie von Touristen und Wirtschaftsakteuren. In den ersten Infektionswellen mochte man die Pandemie gar als eine Krankheit omnimobiler Globalisierungsprofiteure ansehen, denen jedes Reiseverbot wie eine Einschränkung lange gewährter Grundfreiheiten vorkommen musste. Inzwischen hat sich gezeigt, darin der Spanischen Grippe wiederum ähnlich, wie stark von der Pandemie gerade die sozial Schwächeren betroffen sind. Wie 1919 offenbart Corona eine eigene soziale Hierarchie der Opfer.

### 3. Post-Corona: »translatio imperii«?

Was bedeutet die Corona-Pandemie für die Weltordnung der Gegenwart? Handelt es sich um einen Anlass, einen Katalysator von Prozessen, deren Ursprünge vor Ausbruch der Pandemie liegen, oder stellt die Pandemie eine neuartige Ursache für eine qualitative Veränderung der geopolitischen Konstellation in unserer Gegenwart dar, gar eine *translatio imperii*, also die Ablösung eines Weltreichs durch ein anderes, oder jedenfalls den Auftakt zu einer globalen Neuaustarierung von Machtverhältnissen?

Die Bildung von Großreichen, ihre Machtsicherung und Erosion sowie die *translatio imperii* als Ablösungskrisen charakterisieren historische Prozesse seit

Jahrtausenden. Globale Auf- und Abstiege und damit verknüpfte Allianzwechsel sind der Normalfall der Geschichte. Aus der Krise des Römischen Reiches, der Teilung zwischen West- und Ostrom, entstanden konkurrierende imperiale Ideen in Rom und Konstantinopel, seit dem 15. Jahrhundert und der Übernahme Ostroms durch die Muslime ergänzt um die Translation des oströmischen Erbes nach Moskau bzw. St. Petersburg, wo sich die Vorstellung eines »Dritten Rom« entwickeln konnte. Die Verdrängung Schwedens als nordosteuropäische Imperialmacht durch das Russland Peters des Großen machte den Aufstieg des Zarenreiches zur kontinentaleuropäischen Großmacht erst möglich – auch dies eine *translatio imperii* im Zeichen des Krieges. Schließlich beschleunigten die Umbrüche des Ersten und Zweiten Weltkriegs den Bedeutungsverlust des fünfgliedrigen europäischen Großmächtesystems, der von Großbritannien, Frankreich, Russland, Habsburg und Preußen gebildeten Pentarchie, dessen Transformation aber schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts mit den außereuropäischen Imperialakteuren USA und Japan begonnen hatte. Während zwischen 1917 und 1923 die kontinentaleuropäischen Imperien zerfielen, erreichten die Kolonialimperien Großbritannien und Frankreich mit der Aufteilung des territorialen Erbes Deutschlands und des Osmanischen Reiches ihre maximale Ausdehnung. Am Ende des 20. Jahrhunderts stand das Ende des Kalten Krieges 1989/91 für einen neuerlichen imperialen Umbruch.

Zum weltpolitischen Ordnungsdenken gehört seit jeher die Vorstellung der imperialen Hegemonie, oft gekoppelt mit einem besonderen Friedensanspruch der

Imperien, sei es die Pax Augustana im antiken Römischen Weltreich, die Interpretation des Heiligen Römischen Reichs deutscher Nation als pazifizierende Pufferzone in Europa nach 1648, von der kein Angriffskrieg ausgehen konnte, die Pax Britannica, Americana, Sovietica im 19. und 20. Jahrhundert oder das globale Friedens-, Wohlfahrts- und Gesundheitsversprechen Chinas in der Gegenwart, das als Beweis imperialer Stärke zum Selbstbild Pekings gehört.

Nach weltpolitischen Krisen und Umbrüchen, nach der Auflösung oder dem Untergang von Imperien zumal, lässt sich ein charakteristisches Nebeneinander von Sehnsucht nach strukturierender Ordnung einerseits und gleichzeitiger Multipolarität andererseits feststellen. Das verbindet bei allen Unterschieden die Momente nach dem Abschluss der Napoleonischen Kriege und des Wiener Kongresses 1815, nach Abschluss des Krimkrieges 1856, nach der Etablierung neuer Nationalstaaten der Italiener und Deutschen 1871, die Phasen nach den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts, aber auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges 1989/90 und erneut unsere Gegenwart. Solche Suchbewegungen und Orientierungsprozesse sind an sich nicht neu, aber sie sind in der Corona-Krise viel deutlicher als zuvor erkennbar. Manche dieser Prozesse haben ihre Ursprünge vor dem Ausbruch der Pandemie, sodass ihre Konturen jetzt stärker hervortreten und Entwicklungen beschleunigt werden. Hier wirkt Corona zunächst eher als Katalysator und nicht als die ganz große Disruption, als Effizienztest und Intensivierung des Kampfes um die weltweite Deutungshoheit im Medienzeitalter mit

Smartphone, Künstlicher Intelligenz und der Algorithmenisierung, aber auch als Legitimationstest und Loyalitätsprüfung.

Drei imperiale Narrative sind dabei zu beobachten: Erstens der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China als Imperialmächte mit klassischen und neuen Instrumenten. Dazu zählen das Territorium als Interessenzone und zugleich entterritorialisierte Währungen der Macht wie Finanzkapital, Wissen und die Kontrolle von Plattform-Unternehmen. Durch diese Elemente verstärken sich gewisse Tendenzen der sogenannten »Neuen Kriege«, die seit dem Ende des Kalten Krieges zu beobachten sind, vor allem eine Entkonturierung von Konflikten. Das ergänzt die in den »Neuen Kriegen« vorherrschende asymmetrische Amalgamierung von Elementen aus Staaten-, Bürger- und Religionskriegen, von Warlordismus, Terror und Bandenkriminalität.

Im Falle Chinas tritt neben den Fokus auf das Ostchinesische Meer das Programm einer »Neuen Seidenstraße« und der Konzern Huawei als global operierende Technologiebasis, während sich in Hongkong und am Umgang mit ethnischen und religiösen Minderheiten der autoritär-repressive Charakter des Regimes erweist. Dabei handelt es sich im Selbstbild der chinesischen Eliten gerade nicht um einen »Aufstieg« des eigenen Landes, der primär in der europäisch-transatlantischen Wahrnehmung dominiert, sondern um die Rückkehr zu imperialen Ursprüngen der Vormoderne, vor der »Great Divergence« sozioökonomischer Überlegenheit westlicher Gesellschaften seit dem 18. Jahrhundert und der Demütigung Chinas durch die europäischen Kolonialmächte im 19. und frühen 20. Jahrhundert.

Zweitens können das Projekt der europäischen Integration und die Europäische Union der Gegenwart als »benevolentes Imperium« beschrieben werden, das keine Offensivkriege führt und dem es gelang, den historischen Konfliktraum Kontinentaleuropas dauerhaft zu befrieden. Die Integration Europas erlaubte nach 1945 nicht zuletzt durch die Einbindung der Bundesrepublik, in den 1970er Jahren durch die Integration Griechenlands, Spaniens und Portugals nach autoritär-diktatorischen Regimephasen und schließlich nach 1989/90 durch die sukzessive Einbeziehung der ostmittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten eine dauerhafte Pazifizierung und Stabilisierung Europas. Doch diese Erfolge der Vergangenheit gerieten bereits mit der Auflösung Jugoslawiens und der Eskalation ethnischer Gewalt in der Folge in eine Krise. In der Gegenwart kommen weitere Krisensymptome hinzu, sei es durch die Systemkonkurrenz autoritärer und populistischer Regime von außen oder durch innere Krisen um den Austritt Großbritanniens aus der Union sowie die Kontroversen um die Anwendung demokratischer und rechtsstaatlicher Normen in osteuropäischen Mitgliedstaaten. In der Ostukraine, in Syrien und Nordafrika zeigen sich die Wirkungsgrenzen der Europäischen Union als Friedensakteur.

Schließlich lassen sich, drittens, in der Gegenwart Tendenzen der Re-Imperialisierung nach dem Ende des Kalten Krieges und im Zeichen einer neuen Multipolarität ausmachen: sei es in der Türkei durch neo-osmanische Ansätze, die in der Umwidmung der Hagia Sophia auch geschichtspolitisch und religiös akzentuiert werden, oder in der Anlehnung an die imperiale Vergan-

genheit in Russland, wie sie in der Feier des 8. Mai 1945 und dem betonten Schutzversprechen der russischen Orthodoxie deutlich hervortreten. Imperialität bedeutet in diesen Kontexten aber nicht nur Geschichtspolitik, sondern besitzt eine ganz konkrete Dimension in territorialen Ansprüchen und entsprechenden Interventionen wie auf der Krim, in der Ostukraine, in Syrien und Libyen.

Erleben wir am Ende gar eine neue *translatio imperii*, den Übergang vom Imperium Americanum in ein imperiales Jahrhundert Chinas? Auf jeden Fall hat die Corona-Krise den Konflikt zwischen den beiden Imperialmächten im Sinne einer *great power rivalry* erheblich zugespitzt. Wenn zum Imperium Größe, zeitliche Dauer und eine normative Mission gehören, dann steht das Selbstbild der USA als neues Jerusalem mit dem Ziel der Demokratisierung der Welt unter erheblichem inneren und äußeren Druck, sichtbar an der krisenhaften Eskalation der Präsidentschaft von Donald Trump und Chinas gleichzeitiger Rückbesinnung auf eine eigene imperiale Vergangenheit und im Versprechen von Stärke, Wohlfahrt und Gesundheit, die bewusst mit dem Narrativ der Schwäche westlicher Demokratien verknüpft wird.

#### 4. Globalisierung, Deglobalisierung, Glokalität

Schon nach der Zäsur des Ersten Weltkriegs bildete sich ein Wechselspiel zwischen Globalisierung und Deglobalisierung heraus, das auch für die Zeit nach Corona als geopolitische Neuaustarierung von Gewichten

kennzeichnend sein dürfte. Die 1920er und 1930er Jahre wurden zu einem Beispiel für die Koexistenz von globaler Kooperation und internationaler Verflechtung einerseits und gleichzeitiger Abschottung und Entflechtung andererseits. Während die Vereinigten Staaten finanz- und wirtschaftspolitisch durch die Ergebnisse des Weltkrieges eine nie zuvor erreichte globale Wirkung entfalten konnten, vom Dawes-Plan über den Young-Plan bis zum Hoover-Moratorium zur Entschärfung der deutschen Reparationszahlungen als Kernproblem der Nachkriegszeit, berief sich ihre Regierung nach der Nichtratifizierung des Versailler Vertrags und der Völkerbundakte sowie dem Scheitern des durch den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson personifizierten Internationalismus zunächst auf eine frühe Variante des »America First«. Sie verband sich nach 1919 mit rassistischer Exklusion nach innen, die sich in schweren Rassenunruhen mit Hunderten von Toten und einem neuen antibolschewikischen Feindbild im »Red Summer« von 1919 niederschlug, sowie einer verschärften Immigrationspraxis nach außen.

Historisch standen nach tiefgreifenden Krisenerfahrungen strukturelle Globalisierung, idealtypisch in der Revolutionierung von Kommunikationstechnologie wie dem Telegraphen im 19. und dem Internet im 20. Jahrhundert, und sektorale Anti- oder Deglobalisierung, etwa in der Zurückweisung von Rechtsstaat und Demokratie, häufig nebeneinander. Beide Tendenzen konnten sich ergänzen und gegenseitig verstärken, etwa in der Berufung auf universelle Tendenzen zur Erweiterung der eigenen Handlungsmacht und jeweils partikularen Antworten, in der Paradoxie einer »glokalen«

Konstellation also. Die Geschichte der nach 1917 durch den amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson und die russischen Bolschewiki formulierten neuen Idee der nationalen Selbstbestimmung im Gegensatz zum Gleichgewicht der Mächte und der Tradition der Geheimdiplomatie war dafür ein besonders eindrückliches Beispiel: Selbstbestimmung wurde zu einer globalen Vokabel der Ermächtigung, die aber je lokale Erwartungen provozierte und partikulare Handlungsspielräume widerspiegelte.

Diese globale Konstellation galt auch für die Epoche seit dem Ende des Kalten Krieges. Einerseits beschleunigte die supranationale Integration zumal in Europa die Erosion des tradierten Souveränitätsbegriffs von Nationalstaaten. Der überkommene Nationalstaat des 19. Jahrhunderts verlor innerhalb der Europäischen Union aus zwei Richtungen an Bedeutung: durch Souveränitätstransfers im Rahmen der fortschreitenden europäischen Integration und zugleich durch neue Regionalismen, die sich wie in Schottland oder Katalonien zu Unabhängigkeitsbewegungen steigern konnten.

Andererseits wirkt der Nationalstaat weiterhin als wichtige, ja vielerorts entscheidende politische, rechtliche und emotionale Referenz in Krisenphasen – sei es bei der Garantie von Spareinlagen wie in der Finanzkrise nach 2008, im Appell an die Schließung von Grenzen während der Flüchtlingskrise 2015 oder in der Erwartung staatlicher Krisenbewältigung und -vorsorge in der derzeitigen Corona-Pandemie. Es ist zumindest wahrscheinlich, dass die historisch begründete Spannung zwischen unterschiedlichen Globalisierungsverläufen und Deglobalisierung uns weiter begleiten wird.

## 5. Neue Nationalismen durch Reterritorialisierung

Blickt man auf die Reaktionen nach dem Ausbruch der Pandemie, fühlt man sich an den Satz des Schweizer Schriftstellers Max Frisch erinnert, wonach die Natur keine Katastrophen kenne – Katastrophen kenne allein der Mensch, sofern er überlebe.<sup>3</sup> Damit ist die Deutungsebene berührt, sei es als Analyse, als Szenario, als Prophetie, Planung oder Prognose. Die Ansteckung wirkte und wirkt dabei als tiefgreifende und anhaltende Verunsicherung, weil überkommene Instrumente der Krisenbewältigungen zumindest in Frage gestellt werden. In den Momenten der unmittelbaren Bedrohung dominierte der Appell an den zunächst national definierten Gesundheits- und Vorsorgestaat. Hier zeigt sich die erwähnte Dichotomie zwischen globaler Herausforderung und partikularen Antworten besonders augenfällig.

Jenseits objektivierbarer Fakten und wissenschaftlich abgesicherter Aussagen sind es die subjektiven Wahrnehmungen, auch ihre Manipulationen und Verzerrungen, die selbst zu handlungsleitenden Faktoren geworden sind. Dass das Virus weder nationale Zuordnung noch nationale Grenzen kennt, sagt also nichts über die Reaktion von Menschen aus, deren Handlung viel stärker von überkommenen Deutungsmustern präfiguriert wird. Das Schutzversprechen des Nationalstaates als Gesundheits- und Hygienestaat gehört dazu, auch in der schrill gesteigerten Version von Verschwörungstheorien oder in der Schuldzuschreibung gegenüber bestimmten ethnisch definierten Gruppen als vermeint-

liche »Überträger« – eine Reaktion, die zuweilen an den Umgang mit vermeintlichen »Feindausländern« (*enemy aliens*) während der Weltkriege erinnert.

Wenn sich als Reaktionsmuster in den zurückliegenden Krisen, etwa in der Finanzkrise nach 2008 und zumal der Flüchtlingskrise von 2015, eher ein ethnisch konnotierter Nationalismus zeigte, so hat sich in der Corona-Krise eine Tendenz zur situativen Renationalisierung als territoriale Fixierung, als Tendenz zur Reterritorialisierung gezeigt. Plötzlich geschlossene Grenzen und der staatliche Anspruch, durch Kontrolle und Disziplinierung, zusätzlich gestützt auf die Definition eines Krisennotstands, gewohnte Verbindungen zu kappen und »Schutz«, »Ansteckung«, »Risiko« und den Zugang zu Impfungen territorial zu definieren, wirkte angesichts der bis zum Ausbruch der Pandemie geltenden Durchlässigkeit vieler Grenzen in Europa wie ein Atavismus. Auch wenn eine komplette Abkehr von der Globalisierung kaum denkbar ist, werden die Erfahrungen zu anderen Wirtschaftsprozessen führen. Der einzelne Staat wird nicht allein auf effiziente Lieferketten, sondern auch auf resiliente Logistik und weniger sektorale Abhängigkeit durch mehr strategische Bevorratung setzen. Der Staat als Lagerhaus wird gegenüber dem Bild des vulnerablen Gliedes einer globalen Lieferkette tendenziell an Bedeutung gewinnen.

Corona verstärkt in dieser Hinsicht einen reterritorialiserten Nationalismus, in dem, wie oben skizziert, nicht zufällig an ältere Imperialtraditionen angeknüpft wird – in der chinesischen Staatspropaganda zur »Neuen Seidenstraße« und im Umgang mit Hongkong und Taiwan ist dies genauso erkennbar wie im Vorge-

hen Russlands auf der Krim, in der Ostukraine und in Syrien sowie in der Türkei mit der Mischung aus politisiertem Islam und betont antiwestlichem Stärkeversprechen.

## 6. Paradoxe Konstellationen als Abbild einer fluiden Gegenwart

Die Gegenwart unter Corona-Bedingungen erweist sich, darin nicht unüblich für historische Krisen, immer mehr als Agglomeration von paradoxen Konstellationen.<sup>4</sup> Sie geben einen besonderen Blick auf bestimmte Entwicklungen, Errungenschaften und Erbschaften der letzten Jahre und Jahrzehnte frei. Es spricht einiges dafür, dass diese Paradoxien uns zunächst auch in die nähere Zukunft begleiten werden. Dazu zählt zunächst das Nebeneinander von Wissen und Nichtwissen über die Pandemie, von global geteilten Informationen über Infektionswege, Krankheitsverläufe und Behandlungsmethoden unter den Bedingungen des Nichtwissens über realistische Medikamentierungen, langfristige Krankheitsfolgen, Immunitätsphasen oder wirtschaftliche und politische Konsequenzen der Pandemie.

Hinzu kommt im Kontext der staatlichen Reaktionen, der Grenzschließungen, Lockdowns und Notstandsregime das Gefühl der beschränkten Handlungsmacht und der starken Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte, aus der sich zugleich ein starkes Bewusstsein des Wertes eben dieser Freiheitsrechte und auch eine sehr selbstbewusste Rückeroberung etwa des öffentlichen Raums ergibt. Während die individuelle

Handlungsmacht zunächst eingeschränkt war, hat sich jenseits von Verschwörungsnarrativen und Extremismen ein kritisches Bewusstsein vieler Bürger gegenüber staatlichen Institutionen und Eliten entwickelt, die auf die bloße Rückkehr zur alten Ordnung setzen. Anders ausgedrückt: Die Bürger unterziehen im Moment der Krise ihren Staat einem durch Unsicherheit radikalisierten Effizienzkriterium, das die Empfindlichkeit gegenüber der Einschränkung von individuellen Rechten erhöht.

Schließlich gehört auch das bereits erwähnte Nebeneinander von Globalisierung und Deglobalisierung zur Paradoxie der Gegenwart: Neben der Globalität als epidemiologische Voraussetzung der Virusverbreitung und der weltweiten Dimension der Herausforderung stehen die partikularen Antworten, in Deutschland noch verstärkt durch die föderative und kommunale Staatlichkeit und die Neuakzentuierung des Subsidiaritätsprinzips. Das Nebeneinander von globalen und lokalen Antworten auf die Corona-Pandemie bringt vor allem eine permanente Vergleichskommunikation und damit einen latenten Konkurrenzmodus hervor: zwischen erfolgreicher und nicht erfolgreicher Virus-Eindämmung in verschiedenen Kommunen, Landkreisen, Bundesländern, europäischen Staaten, Staaten weltweit.

## 7. Legitimationstest unter den Bedingungen globaler Vergleiche

Vor diesem Hintergrund verbietet sich ein einfacher Kausalzusammenhang zwischen Krisenerfahrung und

autoritären Tendenzen, auf den man in der Frühphase der Krise oft stieß, häufig in Analogie zur Phase nach dem Ersten Weltkrieg. Aber die Corona-Krise findet nicht unter politisch selbstgewählten Bedingungen statt, sie ist keine einfache Passform für Diktaturen. Eher verstärkt sich der Eindruck der inkrementalen Entzauberung autoritärer Regime und neo-imperialer Forderungen, wenn sie die Effizienzerwartungen von Gesellschaften nicht erfüllen und die beanspruchten Problemlösungskompetenzen unterlaufen. Genau hier wirkt der Globalismus auf der Basis verfügbarer und teilbarer Wissensbestände, Daten und Nachrichten als Zuspitzung des Vergleichs.

Andere Paradoxien ließen sich anführen – etwa die Gleichzeitigkeiten von Absenz und Präsenz, von Wachstum und Schrumpfung, von geteilten Erfahrungen bei gleichzeitiger innerer Polarisierung von Gesellschaften, von rationalen Orientierungen bei hochgradiger Emotionalisierung.

Wo stehen wir also? Zur Zäsurbildung gehört der gesicherte Blick auf eine Vorvergangenheit. Die Corona-Pandemie besitzt aber noch kein abgrenzbares Ancien Régime. Dennoch erhöht die Vielzahl der skizzierten Paradoxien die Wahrscheinlichkeit einer Welt im Umbruch, zwischen Transition und Transformation, nicht hiatisch und revolutionär in einem einzigen Moment entstanden, sondern inkremental durch die allmähliche Entfaltung und die immer längere Dauer der Krise. Dass wir im vermeintlich Neuen ganz viel Bekanntes wahrnehmen, dass wir die Krisen der Europäischen Union oder die amerikanisch-chinesische Imperialsplannung durch die Problemsituation der Pandemie nunmehr

präziser erkennen, ist das eine. Aber wir können heute eben nicht mehr so sicher sein wie noch vor einem Jahr, ob sich nicht unter der Oberfläche des vermeintlich Bekannten, der scheinbaren Wiederholung, der präfigurierten Gegenwart, nicht doch ganz Neues ergibt, das den hermeneutischen Rahmen der Kontinuitätserzählung durchbricht.

Von Journalisten des *Spiegel* um einen kurzen Text zum Beginn des neuen Jahrzehnts gebeten, formulierte Botho Strauß im Januar 2020:

Kaum etwas von den großen Weltveränderungen kommt in den vielen Zukunftsentwürfen des 20. Jahrhunderts vor: keine Antibabypille, nicht die Vergreisung der westeuropäischen Bevölkerung, keine deutsche Wiedervereinigung, keine digitale Revolution. Das Wichtigste kam unvorhergesehen. Zukunft, das Bevorstehende ist nur selten die Erfüllung dessen, was sich seit Langem anbahnt oder ersehnt wird. Die Geschichtsschreibung der Herleitung ist inzwischen eine fragwürdige Methode. Man möge sich einmal versuchen an einer Geschichtsschreibung der Emergenzen und Inkonsequenzen. Man möge das Disruptive unterscheiden vom Sichentwickelnden, möge jenes Geschehen entdecken in der Geschichte, das ohne Vorlauf und Vorbereitung passiert. Der Emergenzler – der keinen Tropfen Kontinuität mehr zu sich nimmt – wird Zukunft nicht mehr so nennen [...]<sup>5</sup>

## Anmerkungen

- 1 Vgl. im folgenden Jörn Leonhard, Post-Corona: Über historische Zäsurbildung unter den Bedingungen der Unsicherheit, in: Bernd Kortmann und Günther G. Schulze (Hg.), *Jenseits von Corona. Unsere Welt nach der Pandemie – Perspektiven aus der Wissenschaft*, Bielefeld 2020, S. 197-203.
- 2 Jörn Leonhard, *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923*, 2. Aufl. München 2019, S. 11-15.
- 3 Max Frisch, *Der Mensch erscheint im Holozän*, Frankfurt a.M. 1981 (zuerst: 1979), S. 103.
- 4 Lothar Gorriss und Ivan Krastev, »Wir sehen, was wir vorher nicht sehen konnten«, *Spiegel-Gespräch*, in: *Der Spiegel* 27, 27. Juni 2020, S. 120.
- 5 Botho Strauß, *Das Wichtigste kam unvorhergesehen*, in: *Der Spiegel* 1, 28. Dezember 2019, S. 114.